

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0361/2010</b> <b>öffentlich</b> <b>27.04.2010</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 27.05.2010	Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit	Ratsfrau Swenja Robinius, SPD-Ratsfraktion Bürgerl. Ausschussmitglied Kronschnabel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
<b>Betreff:</b> Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Demenz		

**Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Weiterentwicklung der kommunalen Alten- und Pflegearbeit unter Einbeziehung bestehender Angebote das Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegeangebot für Demenzerkrankte und deren Angebote zu untersuchen, den aktuellen Stand der Entwicklung aus der Pflegebedarfsplanung (Beschluss der Ratsversammlung vom 19.01.2006, Drucksache 1139/2005) darzustellen und Vorschläge zur Verbesserung vorzulegen. Die Kieler Pflegekonferenz ist hierbei zu beteiligen. Die Kosten sind darzustellen. Ein Bericht soll bis zur Sitzung im November 2010 im Ausschuss vorgelegt werden. Die Ergebnisse sollen in die Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung einfließen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Kommunalunternehmen und Eigenbetriebe, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und ähnlicher Einrichtungen sollen für die besonderen Schwierigkeiten von Menschen mit Demenz sensibilisiert werden u.a. durch Schulungen, Informationsveranstaltungen, sowie auf andere geeignete Weise. Es soll geprüft werden, inwieweit etwa mit Hilfe von angeleiteten Unterstützungsteams jüngeren Menschen mit einer dementiellen Erkrankung ermöglicht werden kann, länger ihrer Arbeit nachgehen zu können und ältere Erkrankte an Aktivitäten in der Kommune teilhaben können.

Es wird angeregt, mit den Schulen zu beraten, wie das Thema Demenz in den Schulen in der Sekundarstufe behandelt werden kann.

**Begründung:**

Der demographische Wandel ist allen im Bewusstsein, aber die konkreten Konsequenzen einer älter werdenden Gesellschaft werden erst langsam deutlich. So sollen Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen wie z.B. einer Demenz möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Häuslichkeit leben. Die Verhaltensauffälligkeiten, die mit einer solchen Erkrankung einhergehen können, sind für die Umwelt oft nicht leicht zu deuten, so dass es zu Unsicherheiten und Missverständnissen im Umgang mit Demenzkranken kommt. Kommunen müssen sich der Aufgabe stellen, alle Bürgerinnen und Bürger für den Umgang mit Demenzkranken zu schulen. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. hat im Rahmen

des Projekts „Allein lebende Demenzkranke – Schulung in der Kommune“ ein Schulungsprogramm erprobt, indem „Schlüsselpersonen des Alltagslebens“ für den Umgang mit Demenzkranken sensibilisiert werden. Städte wie Berlin, Wismar und Schwerin haben bereits Schulungen für kommunal Beschäftigte (MitarbeiterInnen in Ämtern, bei der Feuerwehr...) und Institutionen im Sozialraum (Kirchengemeinden, Arztpraxen, Sportvereine, Familienzentren...), aber auch dem Einzelhandel angeboten. Diese Schulungen sind in einem Baukastensystem konzipiert und sollten einen Zeitumfang von drei Stunden zuzüglich Pausen umfassen.

Gez. Ratsfrau Swenja Robinius f.d.R.

Gez. Bürgerl. Ausschussmitglied Bianca Kronschnabel f.d.R.

Ratsfrau Danker